

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Str. 61 III
Telephon: Amt Königstadt, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgebühren sind an
Otto Sehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.
Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt: Ein schriller Miston. — Eine französische sozialistische Kundgebung über die Kriegursache. — Sorgen nach dem Kriege. — Säuglingssterblichkeit und Volksernährung. — Organisationsfragen. — Aus der Textilindustrie. — Betriebsgewinne der Textilaktiengesellschaften. — Aus Unternehmertreuen. — Fragen des Arbeitsvertrages. — Zur Erwerbslosenfürsorge. — Berichte aus Fachkreisen. — Quittung. — Verbandsanzeigen. — Privatanzeigen. — Unterhaltungssteil: Kulturhistorische Aufzeichnungen über die Türfei.

Ein schriller Miston.

In Breslau, der schlesischen Hauptstadt und der Stadt des scharfen Windes gegen die sozialistische Arbeiterbewegung, hat ein Polizeikommissar am Sonntag, den 30. Januar 1916 eine Handlung begangen, die, als wir von ihr Kenntnis erhielten, auf uns wirkte, wie wenn uns jemand mit der Faust mitten ins Gesicht geschlagen hätte. Brennenden Schmerz empfanden wir bei dem Lesen der Nachricht, daß an dem genannten Tage in Breslau eine große Volksversammlung aufgelöst worden sei, in welcher der Reichstagsabgeordnete Genosse Bauer über die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre bei der Altersversicherung sprach.

An sich ist ja die Auflösung einer Volksversammlung durch Organe der Polizei in Preußen und anderen Gebieten Deutschlands nichts Besonderes mehr. Jedem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten sind wahrscheinlich schon Volksversammlungen aufgelöst worden, denn die Sinneswege der Polizei sind mitunter ganz verwunderlich. Indessen die Auflösung dieser Versammlung beansprucht doch ihre ganz besondere Bedeutung, und zwar sowohl der Person des Referenten wegen wie auch wegen der Neußerungen des Referenten, die der Polizeikommissar zum Anlaß der Auflösung der Versammlung nahm. So weltfremd ist die Breslauer Polizei nicht, als daß sie nicht wüßte, daß sie in dem Reichstagsabgeordneten Bauer einen Mann vor sich hat, der in den 1 1/2 Jahren des Krieges doch wahrlich den Beweis erbracht hat dafür, daß er es ablehnt, Schwierigkeiten so außerordentlicher Art, in die das Land verwickelt ist, nach Art gewisser Katastrophopolitiker zu benutzen, um noch größere Schwierigkeiten zu erzeugen, etwa in der Hoffnung, damit das gesellschaftliche Chaos herbeiführen zu helfen. Genosse Bauer, der zweiter Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist, der neuerdings gewählt worden ist in den Beirat für Volksernährung, der während der ganzen 18 Kriegsmomente mit als Vermittlungs-person gedient hat zwischen der organisierten Arbeiterschaft und den Regierungsstellen, von dem selbst bürgerliche Blätter anlässlich seiner Rede im Reichstage im August v. J. sagten, daß er sich auszeichne durch ruhige und objektive Würdigung der Zeitverhältnisse — wenn diesem Manne das Reden zu seinen Wählern unmöglich gemacht wird, indem man diese auseinanderjagt, just in dem Augenblicke, wo er ausführt, daß gerade die Gewerkschaften es gewesen sind, welche in der ganzen Zeit des Krieges die Einigkeit im Lande gefördert haben, da sagt man sich wirklich an den Kopf und fragt sich, träumen wir oder sind wir wach? Wie ist uns denn eigentlich? Hat man uns nicht in diesen Kriegsmomente in ungezählten Variationen erzählt, in Deutschland sei seit Ausbruch des Krieges ein ganz anderer, ein freierlicherer Geist eingezogen, ein Geist, der nicht mehr unzulässig sei gegen Strömungen im Volke, die getrieben werden von der Erkenntnis, dem arbeitenden Volke einen besseren Platz in der Gesellschaft erkämpfen zu müssen? In Tausenden von Vorträgen und Zeitungsartikeln sind diese Gedanken zum Ausdruck gebracht worden, und viele, auch in den Kreisen der Arbeiter, haben es geglaubt. Und nun kommt jener Breslauer Polizeikommissar und schlägt diesen Glauben in rücksichtslosester Weise in Scherben. Wir können von uns sagen, daß wir diesen Glauben nie gehabt haben. Wenn wir trotzdem diese Handlung empfunden haben wie einen Faustschlag mitten ins Angesicht, dann nur, weil diese Handlung aus einem Anlaß erfolgte, daß man in hellste Empörung geraten muß. Wie kontrastiert doch dieser hier zum Ausdruck gekommene Polizeigeist mit dem Geist, der in der Breslauer kommunalen Verwaltungsbehörde herrscht!

In Breslau hat das Stadtverordnetenkollegium zum erstenmal einen Sozialdemokraten in den Magistrat gewählt; und zwar den Redakteur Neufirch. Bei der Einführung in das Magistratskollegium begrüßte ihn der Oberbürgermeister Matting mit folgender Ansprache:

„Sehr geehrter Herr Kollege! Ihre Wahl und Ihr Eintritt in den Magistrat wird von Ihrer Partei und Ihrer Fraktion als ein besonderes politisches Ereignis betrachtet. Ich verstehe das vollumfänglich. Dennoch will ich keine politische Rede halten, weil wir in diesem Saale der Politik nach Möglichkeit aus dem Wege gehen sollen. Aber ich will nicht ungesprochen lassen, daß ich Ihrer Fraktion die Genugtuung darüber nachempfinden kann, daß der Wunsch nach Ihrer Wahl von dieser Versammlung so einmütig erfüllt wurde.

Auch der Magistrat tritt der wohlverdienten Anerkennung Ihrer Fraktion bei. Er stimmt zu, daß sich Ihre Fraktion bisher wohl bewährt hat, vor allem aber in der schweren Zeit, die wir durchmachen. Die Erfahrungen, die man allgemein mit den Herren der sozialdemokratischen Partei in der kommunalen Arbeit gemacht hat, waren ausgezeichnet. Die Mitarbeit von Herren, die so viel Einblick haben in die verschiedenen Schichten der Bevölkerung wie selten jemand und die in ihren Organisationen eine so außerordentliche Schulung für das öffentliche Leben genießen und die so warmherzig empfinden, es wäre selbst, wenn sie sich nicht bewährte. So werden auch Sie ein wertvoller treuer und sachkundiger Mitarbeiter werden. Sie, Herr Kollege Neufirch, haben sich bisher stets als gefälliger, entgegenkommender, wohlwollender Mann gezeigt und sind beliebt auch im Magistrat. So werden Sie sich auch hier die Stellung verschaffen können, die Sie sich wünschen. Ich glaube, Sie werden stets in und außerhalb dieser Versammlung Ihren Mann stehen und uns eine wertvolle Arbeitskraft sein. In diesem Sinne heiße ich Sie willkommen.“

Eine Partei, deren Wirksamkeit so glänzend beurteilt wird, hat die kein Anrecht mehr, in Breslau zum Volke reden zu können?

Doch wenn man sich den Bericht der „Volkswacht“ ansieht, muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß sich die Handlung jenes Breslauer Polizeikommissars nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen die Gewerkschaften richtet. Denn wie spielte sich denn der allgemeine Entriistungshervorgang ab?

Genosse Bauer sprach zuerst über die Bedeutung der Arbeiterversicherung im allgemeinen und gab dann belehrende Ausführungen über die verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung. Zur Frage des Herabsetzens der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre führte er ungefähr folgendes aus:

Seit Bestehen der Invalidenversicherung ist gefordert worden, die Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre herabzusetzen, weil nur sehr wenige Arbeiter 70 Jahre alt werden. Die Sozialdemokraten im Reichstage haben von Anfang an ein geringeres Alter gefordert. Doch alle Anträge lehnte man ab, bis dann bei Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung eine andere Ansicht sich Geltung verschaffte. Die Mathematiker der Regierung rechneten aus, es seien 16 Millionen Mark nötig für die Herabsetzung, und Geld habe man nicht. Wir aber sind der Ansicht, daß dafür gerade Geld bewilligt werden müßte. Im Jahre 1911 bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung wurde im Reichstage beschlossen, die Frage der Altersrente soll 1915 wieder vorgelegt werden. Es kam nun im vorigen Jahre eine Denkschrift von der Regierung, die ausrechnete, es würden 9 Millionen Mark nötig sein. Auf 206 000 schätzte die Regierung die Zahl der Personen, die zwischen 65 und 70 Jahren stehen, aber nur 90 000 davon würden Altersrente zu erhalten haben und etwas mehr als 4 Millionen wären erforderlich. Doch trotz alledem wollte die Regierung die Sache wegen des Krieges vertagen. Der Reichstag, das muß anerkannt werden, war diesmal unerbittlich und verlangte einstimmig einen Gesetzesentwurf, die Altersgrenze auf 65 Jahre herabzusetzen. Die Regierung erklärte sich darauf zustimmend, und endlich, nach langen, langen Kämpfen dürften wir vielleicht im Frühjahr 1916 die Altersrente mit 65 Jahren erhalten, wodurch vielen Veteranen der Arbeit endlich geholfen würde.

Auch die Witwen- und Waisenrenten müßten erhöht werden; sie sind ungemein dürftig. Die durchschnittliche Witwenrente beträgt ja nur 77 Mk., die Waisenrente gar nur 32 Mk., und zwar in beiden Fällen für das ganze Jahr.

Vor dem Kriege haben gewisse Kreise viel gegen die Rentenucht und die ganze Arbeiterversicherung mit ihrem „entfittlichen“ und „entnerbenden“ Einfluß geiffert. Die Erfahrungen des Krieges haben diese Behauptungen Lügen gestraft. Eine Nation, die solche Leistungen und Leiden auf sich nehmen kann, die ist doch nicht als entfittlicht und entnerbt zu bezeichnen. Viele Angreifer der Arbeiterversicherung haben das auch jetzt eingesehen.

Eine vernünftige Wohnungsfürsorge muß ferner durchgeführt werden und zu den Gewerkschaften muß und will die Regierung eine andere Stellung einnehmen. Während des Krieges hat man ja schon eingesehen, wie nötig und segensreich die Gewerkschaften im wirtschaftlichen und staatlichen Leben sind. Die Regierung hat auch bereits erklärt, daß die Gewerkschaften in einem besonderen Gesetz anerkannt werden sollen.

Der Vorsitzende, Genosse Burgund, steht bei diesen Worten auf und erklärt: Genosse Bauer, im Auftrage des überwachenden Beamten soll ich Sie bitten, zur Sache zu sprechen.

Bauer (fortfahrend): Ich glaube, ich spreche sehr zur Sache. Ich muß doch im Zusammenhang die Aufgaben kennzeichnen, die unsere

Regierung und die Gewerkschaften in dieser schweren Zeit haben. Gerade die Gewerkschaften sind es gewesen, die in der ganzen Zeit des Krieges die Einigkeit im Lande gefördert haben; wir halten diese Einigkeit in diesen schweren Tagen des Krieges für durchaus nötig. . . .

Bei diesen Worten erhob sich der überwachende Polizeikommissar, setzte sich den Helm auf und erklärte die Versammlung als aufgelöst.

Die Versammlung konnte die Auflösung der Versammlung gerade nach diesen Worten des Genossen Bauer nicht begreifen, und Worte starker Entrüstung kamen von manchen Lippen.

Man kann das sicher verstehen. Denn wir sehen, daß der Beamte der Breslauer Polizei in Aktion trat, als Bauer davon sprach, daß die Regierung eingesehen haben solle, wie nötig und segensreich die Gewerkschaften im wirtschaftlichen und staatlichen Leben seien und als er betonte, die Regierung wolle, daß dies in einem besonderen Gesetz anerkannt werde.

Man wird den Gedanken nicht los, daß, indem gerade hier die Aktion des Kommissars einsetzte, in drastischer Weise zum Ausdruck gebracht wurde, daß ein solches Gesetz solange völlig für die Dasein muß, solange die Polizei ganz nach Belieben und Gutdünken mit solchen Gesetzen schalten und walten kann. Für die Gewerkschaften bedeutet jene Versammlungsauflösung eine ernste Warnung vor Vertrauenslosigkeit in die Versprechungen anderer.

Eine französische sozialistische Kundgebung über die Kriegursache.

Die „Deutsche Tageszeitung“, Nr. 56 vom 31. Januar 1916, bringt folgendes:

„Abanti“ vom 25. Januar läßt sich aus Paris berichten:

Das Comité d'Action Internationale, in dem sich die syndikalistische Opposition gegen die gegenwärtigen Leiter der Confédération Générale du Travail verkörpert und hinter dem die Mehrheit des Metallarbeiterverbandes, der Bauarbeiter des Seinedepartements sowie starke Gruppen der Erdarbeiter, Steinmetzen, Bürstenbinder u. a. m. stehen, veröffentlicht als Flugchrift einen Brief an die Abonnenten der „Die Dubrière“, die infolge Mangels an Mitteln eingegangen ist. In dieser Flugchrift heißt es u. a.:

Vielen Arbeitern sind durch den Gang der Ereignisse die Augen geöffnet. So schrieb jüngst von der Front einer unserer Freunde, der sich zögernd von der Notwendigkeit des Krieges gegen eine unerträgliche Tyrannei hatte überzeugen lassen, daß er jetzt erkenne, „wie die Regierenden den Sinn des Krieges gefälscht haben“. Dies ist freilich nicht richtig; nicht den Sinn des Krieges hat man gefälscht; falsch war die Auslegung, die man dem Krieg gab!

Die der Regierung Gefolgschaft leistenden Syndikalisten behaupten zweierlei: Erstens, daß sie alles zur Verhinderung des Krieges taten, und zweitens, daß Deutschland allein für den Krieg verantwortlich sei. Eine ebenso bequeme wie nützliche Auffassung. Man hat sich nichts vorzuwerfen und muß sich doch gegen einen seit lange vorbereiteten Angriff verteidigen. Nun sind freilich beide Behauptungen falsch.

Was taten denn jene Syndikalisten, um den Krieg zu verhindern? Die Geschichte der fast täglichen Sitzungen des Comité Confédéral ist nicht rühmlich.

Auch wenn man sich an die unmittelbaren Tatsachen hält und nur die diplomatischen Dokumente der Verbündeten prüft, darf man doch nicht sagen, daß allein Deutschland den Krieg wollte und provozierte. Der im August 1914 ausgebrochene Krieg brauchte schon seit einem Jahrzehnt über Europa. So oft er drohte — 1905, 1911 und 1912 —, mobilisierten wir die französischen Arbeiter und organisierten internationale Kundgebungen. Da der Krieg, der Zusammenstoß rivalisierender Imperialismen, jetzt trotzdem Wirklichkeit geworden ist, stellt man sich, als ob man ihn nicht mehr kennt, und gibt ihm den Charakter eines plötzlichen Angriffs des preußischen Militarismus gegen die Freiheit der Völker. Glaubt man, so die eigene Unfähigkeit maskieren zu können?

Handelt man aus Ueberlegung, so treibt man ein jämmerliches und gefährliches Spiel, da diese Anschauung zu gewissen Folgerungen führt. Wenn nämlich Deutschland seit 40 Jahren rüstete, um sich zu gelegener Zeit auf Frankreich zu stürzen, dann hatten unsere Nationalisten ja recht! Und auch für die Zukunft werden die Beschützer Deutschlands

recht haben, denn ein der linksrheinischen Provinzen beraubtes Deutschland, wie es die Patriotenliga wünscht und auf Karten, die sie an der Front verteilt, darstellt, wäre militärisch geschwächt und würde Jahrzehnte zur Wiedererlangung seiner Macht brauchen. Aber dies würde in keiner Weise den Militarismus treffen. Den deutschen Militarismus können, wie schon der Engländer Arnold Bennett betonte, nur die Deutschen selbst vernichten.

Ferner birgt diese plöblich auftauchende Auslegung, die allen vor dem Kriege aufgestellten Behauptungen völlig widerspricht, noch eine weitere Gefahr — sie befreit unsere Chauvinisten von jeder Verantwortung. Denn unsere Chauvinisten reden von dem Krieg des Rechts gegen deutsche Barbarei. Und wir würden ihnen damit ja erlauben, zu sagen, daß sie den Krieg nicht wollten! Vergessen wir, daß wir die Delcassés deutschfeindliche Politik, die Jaurès so oft und mutig zum Aerger der anglo-französischen Imperialisten geißelt hat! Schwiegend würden wir hinweggehen über die seit Poincarés Wahl von der Regierung befolgte rein nationalistische Politik!

Wir wollen nicht die Verantwortung Deutschlands verkleinern, dessen Rängermanischen um so gefährlicher waren, als sie siegreich über eine gewaltige Militärmacht verfügten. Aber unsere und die englischen Nationalisten sind ihnen nichts schuldig geblieben.

Nach allem, was wir gesehen und getan haben, können wir nur sagen, daß der Zusammenstoß rivalisierender Imperialismen den Krieg hervorrief, und wir weigern uns entschieden, uns mit den Regierenden, die alle ihren Teil der Verantwortung tragen, zu identifizieren. Und wenn wir so die amtliche Auslegung des Krieges nicht annehmen und deshalb Deutschenfreunde genannt werden, dann geben wir die Antwort, die Noath Ableth namens der Waliser Bergarbeiter den Singos gab:

„Wir sind nicht Deutschenfreunde, wir sind aber die Arbeiterklasse.“

Sorgen nach dem Kriege.

Die Rohstoffversorgung nach dem Kriege bereitet den industriellen Kreisen bereits größere Sorge wie die während des Krieges. Es werden in den Interessentengruppen die verschiedensten Vorschläge erwogen, die für geeignet gehalten werden, einen schnellen und alle Industriellen befriedigenden Rohstoffbezug zu organisieren.

Kürzlich beschäftigte man sich in dem Industriellenklub Oesterreichs mit dieser Frage. Es wurde dort in dem einleitenden Referat ausgeführt, daß man nach dem Friedensschluß in Oesterreich wie auch in Deutschland eine Hochkonjunktur erwarte und befürchte, daß man hierzu das erforderliche Quantum überseeischer Rohstoffe nicht werde so preiswert und schnell herbeischaffen können, wie das vor dem Kriege der Fall war. Weiter wird befürchtet ein unerhörtes hinauftreiben der Preise, wenn alle Unternehmer einzeln als Käufer auf dem Rohstoffmarkt auftreten. Das letztere dürfte um so eher zu befürchten sein, wenn man bedenkt, daß sich die überseeischen Rohstoffe, die bisher nicht abgesetzt werden konnten, nicht mehr vollständig in den Händen der vielen Produzenten befinden, sondern von verhältnismäßig wenigen Pflegern der Spekulation aufgekauft worden sind. Man befürchtet sicher mit Recht, daß die Industrie nicht gleichmäßige Produktionsmöglichkeit bekommen werde, wenn nicht Maßnahmen ergriffen werden, die bewirken, daß dem wilden Einkauf der Rohstoffe die Möglichkeit genommen wird, andererseits aber auch alle Betriebe mit Rohstoffen versorgt werden. Zu diesem Zwecke schlagen die österreichischen Unternehmer die Zentralisierung des Einkaufes der Rohstoffe vor. Dasselbe ist ja auch in Deutschland geplant. Es sollen Einkaufskartelle gebildet werden, welche für die Heranschaffung der Rohstoffe sorgen, und von denen dann die einzelnen Unternehmer mit dem herangeschafften Material versorgt werden.

Voraussetzung soll freilich sein, daß der Weltweitigkeit der Industrie keine Hemmnisse

bereitet werden; daß die Zuweisung des Rohstoffes nicht etwa ohne Rücksicht auf die Eigenart der Produktion erfolgt; z. B. daß eine Firma, die Maffobaumwolle braucht, indische Baumwolle zugewiesen erhält. Es wurde sehr richtig bemerkt, daß jede Initiative erstickt werden würde, wenn so verfahren würde. Man empfahl in dem österreichischen Industriellenklub, daß die österreichischen Großbanken gemeinsam mit den großen deutschen Bankkonzernen Kredit in Amerika erwirken sollen; auch soll, eventuell durch Aufnahme einer Valutaanleihe, dafür gesorgt werden, daß die Differenz im Werte unseres Geldes zu dem amerikanischen bis zum Eintritt unseres Exports beseitigt werde. Sodann wurde empfohlen die Schaffung einer Friedensrohstoffabteilung im Handelsministerium, welche die großen Hauptaufgaben lösen soll; nämlich den wirklichen Rohstoffbedarf der jeweiligen Gesamtindustrie, z. B. für ein Betriebsjahr und damit den Bedarf an Zahlungsmitteln festzustellen, sowie festzustellen, wie groß die erforderlichen Verfrachtungsräume und die Pflichtanteile des einzelnen sind.

Neben dieser Friedensrohstoffabteilung sollen die Kriegsrrohstoffzentralen, die wir ja auch in Deutschland haben, zu sogenannten Friedenswirtschaftsgesellschaften umgewandelt werden, welche die Bestände an bezogenen Rohstoffen aufteilen und die notwendige Kontrolle durchführen. Die Auftragserteilung soll jedoch dem einzelnen überlassen bleiben. Zwangskartelle sollen diese Gesellschaften nicht sein; die Zwangsmaßnahmen des Staates sollen nicht länger dauern wie der Krieg.

In Deutschland schlägt man vor, die bestehenden Kriegsabrechnungsstellen mit der Beschaffung der erforderlichen Rohstoffe zu betrauen; ihnen stehe das statistische Material über den Bedarf der Industrien schon zur Verfügung.

Die Leitung der Vereinigung zur Förderung deutscher Wirtschaftsinteressen im Ausland steht auf dem Standpunkt, die Frage der Sicherung des Rohstoffbezuges zu angemessenen Preisen könne wirksam nur durch die amtlichen Stellen gelegentlich der Friedensverhandlungen geregelt werden. Unsere Rohstoffversorgung soll in den Friedensverträgen Gegenstand besonderer Bestimmungen sein, in denen die in Betracht kommenden Regierungen die Verantwortung dafür übernehmen sollen, daß nicht durch geheime Maßnahmen einflußreicher privater Stellen und Unternehmungen die Zufuhren nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn erschwert oder unmöglich gemacht werden.

Wir sind der Meinung, daß der Friedensengel, wenn man ihm täglich mehr aufbürdet, überhaupt nicht ans Ziel kommt. Wir halten aber für das Beste, daß er überhaupt erst einmal ans Ziel komme. Ist erst der Friede da, dann schwindet eine ganze Menge Haß und Mißtrauen dahin, und das gegenseitige Vertrauen fördert dann auch die Notwendigkeiten des industriellen Lebens. Wir sind der Meinung, daß die Regierungen eine solche Verantwortung gar nicht übernehmen können, und wenn man sie zwingen sollte dazu, dann würde nichts weiter erreicht werden, als daß ein Stachel mehr von dem Kriege zurückbleibt, der zu neuen Reizungen und schließlich gar Störungen des industriellen Lebens führt. Dadurch werden aber die Sorgen nach dem Kriege nicht kleiner, sondern größer.

Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie hat in Berlin eine Versammlung abgehalten, an der neben Vertretern der bedeutenderen Industrien auch Vertreter verschiedener Reichsämter und des Kriegsministeriums teilnahmen. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die vom Kriegsausschuß der deutschen Industrie einberufene Versammlung gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Frage der Rohstoffversorgung nach dem Kriege mit Rücksicht auf die verschiedensten Interessen der Industrie, des Handels, der Schiffsahrtsunternehmungen und der Großbanken am zweckmäßigsten in fachlich gegliederten Ausschüssen beraten und geklärt wird. Sie vertritt ferner den Standpunkt, daß diese Arbeit im engen Zusammenhange mit den

staatlichen Behörden zu leisten ist und daß in Erwägungen darüber eingetreten wird, in welcher Weise man sich bei Verjorgung des deutschen Marktes mit Rohstoffen auf die bestehenden Rohstoffgesellschaften und Einkaufsorganisationen zu stützen haben wird. Sie beauftragt den Kriegsausschuß der deutschen Industrie, die zur Einberufung der verschiedenen Ausschüsse erforderlichen Vorarbeiten in die Hand zu nehmen und die vermittelnde Initiaz zwischen den sämtlichen interessierten Kreisen zu bilden.“

Auch die Industrie hat im Kriege gelernt, daß in schwierigen volkswirtschaftlichen Situationen die Organisation die einzige Retterin ist.

Säuglingssterblichkeit und Volks- ernährung.

Der Eindämmung der Säuglingssterblichkeit haben sich seit Jahren die besten hierzu berufenen Kräfte gewidmet. Der Prozentfuß ist infolgedessen auch dauernd zurückgegangen, wie folgende Tabelle beweist.

Jahr	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Zur Jahre 1901 starben von 100 Lebendgeborenen	20,7	18,3	20,4	19,6	20,5	18,5	17,6	17,8	17,0	16,2	19,2	14,7	15,1

An dieser für das Deutsche Reich durchschnittlich feststehenden Zahl waren die einzelnen Bundesstaaten und preußischen Provinzen ganz verschieden beteiligt. Während für das Jahr 1913 das Fürstentum Waldeck mit 6,9 Proz. am günstigsten abschneidet, weist Westpreußen mit 19,1 Proz. den höchsten Prozentfuß auf.

Nun ergibt die Statistik gleichzeitig, daß der Prozentfuß der Sterblichkeit ehelicher Säuglinge wesentlich geringer ist als der der unehelichen, wie aus folgender Tabelle ersichtlich ist.

Jahr	Von 100 Lebendgeborenen starben im Jahre	
	eheliche	uneheliche
1901	19,4	33,9
1902	17,3	29,3
1903	19,3	32,7
1904	18,6	31,4
1905	19,4	32,6
1906	17,5	29,4
1907	16,6	28,0
1908	16,8	28,5
1909	16,0	26,8
1910	15,2	25,7
1911	18,2	29,9
1912	13,9	23,2
1913	14,2	23,7

Diese Zahlen beweisen, daß die im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegende Aufgabe, die Säuglingssterblichkeit herabzudrücken, schon in Friedenszeiten schwer zu erfüllen ist und daß, wie der Unterschied zwischen den Zahlen der ehelichen und unehelichen Säuglinge beweist, an den immer noch hohen Prozentziffern die privatwirtschaftlichen Verhältnisse große Schuld tragen.

Im Interesse der Gesundheit kommender Generationen muß unter allen Umständen trotz der Knappheit und Teuerung Unterernährung bei Säuglingen verhütet werden. Die Gefahr einer solchen ist durch die Milchknappheit und durch die ungleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Milch sowie durch die bestehenden Teuerungsverhältnisse gegeben.

Viele Väter stehen im Felde. Den Müttern fehlt es zuweilen an Rat und Hilfe, vielleicht auch oft an den Mitteln, ihre Kinder hinreichend zu ernähren. Behördliche Hilfe kann

es hatte auch noch andere Personen, die das Ohr des Sultans zu gewinnen suchten, um ihren Günstlingen eine Pfründe zu verschaffen. Solche Mitwerber waren des Sultans Mutter, die erste Sultanin und der vornehmste Eunuch. Sie, die mit dem Großsultan in den geheimsten Dingen Umgang hatten, erlangten es öfter, daß die Empfehlung des Großwesirs unter den Tisch fiel.

Sonst hatte dieser Mann fast unumschränkte Gewalt; ausgenommen in Kriegssachen, wo er, wie man berichtet, nicht einmal einem Soldaten ohne Hinzuziehung seines Befehlshabers eine Strafe auferlegen konnte. Sein Hof stand dem geringsten Untertan allezeit offen, um seine Anliegen persönlich vorzutragen; eine Einrichtung, die, gegenüber dem Petitionswesen von heute, sicherlich den Vorzug der Schnelligkeit der Erledigung hatte und bei der man die Gewißheit erlangte, daß das Anliegen auch wirklich dort gehört worden war, wo es gehört werden sollte.

Ganz natürlich ist, daß Personen, in denen sich sozial gesellschaftliche Macht verkörperte, auch Mächte auslösten, die der Existenz solcher Mächtiger ans Leben zu gehen suchten. Es ging das Sprichwort um in der Türkei, daß nichts unbeständiger und schlüpferiger sei, wie der hohe Posten eines Großwesirs. Nur zwei Fälle waren bis zu der Zeit der Geschichtsschreibung, die diesen Aufzeichnungen zugrunde liegt, verfloßen, wo der Großwesir nicht in Ungnade geraten und diese beiden Großwesire sozusagen in ihren Betten gestorben waren. Jene Personen, in der Hauptsache seine Konkurrenten im Aemterschacher, hatten stets ein scharfes Auge auf der gesamten Tätigkeit des Großwesirs ruhen, und sie verursachten nicht selten, daß er den hohen Posten und wohl gar den Kopf verlor. In Kriegszeiten war gewöhnlich die Stellung des Großwesirs sicherer wie in Friedenszeiten; besonders, wenn er vom Kriegsglück begünstigt war. In Friedenszeiten kam es oft zu Meutereien des Militärs, und der Großwesir stand dann mit seinem Leben häufig in Gefahr, da er ja als derjenige galt, auf dessen Geheiß alles geschah. In solchen Zeiten innerer Aufregung fanden sich aber auch Großsultane bereit, lieber den mächtigsten Minister und angenehmsten Günstling aufzugeben, als sich durch Eintreten für diesen selbst in Gefahr zu begeben.

Neben dem Großwesir gab es dann noch sechs andere, welche die Wesire von der Bank des Rats und die Paschas

von den drei Rohschweifern genannt wurden; vor ihnen wurden nämlich drei Standarten oder Rohschweife hergetragen, während die anderen Paschas nur einen hatten. Diese Wesire waren in den Befehlen und Staatskünsten wohlgeübte Männer, die mit im Divan, dem türkischen Hof- und Staatsrat, saßen und mit beratender Stimme an den Beratungen teilnahmen.

Solche Beratungen gingen, wie das im Orient üblich ist, unter viel Schaugepränge und Zeremonien vor sich. Alle Woche viermal fand im Seraglio, dem Palast des Großsultans, eine Staatsversammlung statt. Zu dieser Staatsversammlung wurde der Großwesir, der angelegt hatte den feinsten Staat, von den vornehmsten Staatsbedienten sowie von den albanesischen Leibwachen zu Pferde begleitet. Das Volk in den Straßen, durch die sich der Zug bewegte, brach in Freuden- geschrei aus und wünschte Glück zu den Beratungen. Wenn der Großwesir mit seinem Gefolge im Divan, dem Sitzungsraum, ankam, warf sich alles dort anwesende Volk mit dem Angesicht nieder auf die Erde. Nachdem sich der Großwesir niedergelassen hatte, nahmen links von ihm Platz zunächst der Oberrichter von Europa und neben diesem derjenige von Asien; dann folgte der Reichsschatzmeister. Rechts vom Großwesir saßen die Wesire mit ihren Siegeln und diesen sich anschließend etwaige Bizkönige oder Sandbögte, die gerade anwesend waren.

Die Beratungen begannen stets mit der Regelung der Finanzgeschäfte. Der Großwesir untersuchte zunächst das ihm überreichte Siegel von der Tür der Schatzkammer, worauf diese geöffnet wurde, um Geld zu empfangen bzw. auszugeben. War dies erledigt, wurde die Tür wieder zugehängelt. Nach Erledigung dieser Sache nahm man die auswärtigen Angelegenheiten vor, denen dann die einheimischen folgten. Im Anschluß hieran wurden Befehle, Privilegien, Bewilligungen, Patente und dergleichen ausgefertigt. Der Reis Effendi oder Staatssekretär hatte die Akten abzufassen und dafür zu sorgen, daß die Befehle an die Bizkönige und Statthalter gesandt wurden. Nach Erledigung der Regierungsgeschäfte wurde zum Verhör in Kriminalsachen geschritten. Der Beklagte wurde ohne Verhör entweder verurteilt oder von der Anklage losgesprochen. Hinter den Kriminalsachen folgte die Rechtsprechung in bürgerlichen Streitigkeiten. Damit schloß dann die Ratssitzung.

Kulturhistorische Aufzeichnungen über die Türkei.

5. Regierung, hohe Staatsbeamte und Ratsversammlung.

Staatsbediente, nicht Staatsbeamte, wie sie heute bei uns genannt werden, nannte man vor 200 Jahren in der Türkei die Männer, welche die Regierung und Verwaltung des Landes in den Händen hatten. Erster Staatsbedienter war der Großwesir, der erste Minister des türkischen Staates, der vom Großsultan zu dieser hohen, aber auch sehr gefährlichen Würde erhoben wurde. Auf dem Großwesir ruhte gewissermaßen die Voraussetzung für das Ansehen, welches der Großsultan in der türkischen und sonstigen Welt genoß. Die ganze Verwaltung des Reiches lag in den Händen des Großwesirs. Er hatte im Kriege wie im Frieden das Kommando und war sowohl in bürgerlichen als Kriminalprozessen oberster Richter. Sobald der Großwesir zu seiner Würde erhoben war, überlieferte ihm der Großsultan das Reichsiegel, das der Minister stets in seinem Busen tragen mußte. Unter diesem Siegel, auf welchem der Name des Großsultans gestochen war, ergingen alle Befehle.

Das nominelle Gehalt des Großwesirs stand im umgekehrten Verhältnis zu seiner großen Macht und zu der Pracht, die ihm umgab. Er bekam ein Gehalt, das nicht höher war als das eines Bürgermeisters einer kleineren Stadt in Deutschland; es betrug 10 000 Mk. Dieses Gehalt war wohl aber in der Hauptsache nur eine Formsache, denn in Wirklichkeit lagen die Dinge so, daß der Großwesir über so große Einnahmen verfügte, daß er beträchtliche Summen davon an den Großsultan abließerte. Seine Haupteinnahmequelle erkand ihm in der Vergebung der Aemter und Ehrenstellen. In Zeiten des Krieges hatte er die Macht, alle ledigen Stellen zu vergeben, und wenn er hierbei seine Offiziere mit den besten Landvogteien im Reiche beschenkte, so wurde er natürlich von den nunmehrigen Inhabern der Landvogteien reichlich beschenkt. In Friedenszeiten vergab zwar der Sultan die vornehmsten Aemter, meist jedoch nur auf Empfehlung des Großwesirs, so daß auch für diese Empfehlung große Weichte geleistet wurden. Indessen,

nicht überall und sofort einsetzen, aber privates Entgegenkommen und Hilfe kann schnell zur Stelle sein und vielleicht manchen Säugling dem Leben erhalten.

Aber auch indirekt kann den Säuglingen geholfen werden. Die Knappheit an Milch muß jede Keigung, den eigenen Hausstand über den Bedarf der kleinen Kinder hinaus zu versorgen, zurücktreten lassen.

Weiter muß durch private und behördliche Organisation der Ziegenzucht für eine Vermehrung der Milchproduktion Sorge getragen werden.

Organisationsfragen.

Zur Verschmelzungsfrage der Maschinenbesitzer mit dem Textilarbeiterverband.

Die Frage ist von dem Kollegen Hugo Dressel, unserem Gauleiter für das Vogtland und Oberfranken, in den letzten Nummern des „Textilarbeiter“ eingehend erörtert worden, wobei auch ein Herr Willi Glaes zitiert wurde, der die Meinung bekundet hatte, daß die Verschmelzung der Stidmaschinenbesitzer mit dem Deutschen Textilarbeiterverband für die Maschinenbesitzer die allerbeste Lösung sei, um aus dem unhaltbaren Zustande herauszukommen, in dem sich die zwischen Arbeitern und Fabrikanten stehenden Maschinenbesitzer befinden. Es scheint, daß seiner Ansicht noch nicht überall beigegeben wird. Herr Glaes nimmt jetzt in der „Wochenschrift“ noch einmal das Wort und polemisiert gegen einen Herrn M., Herr Glaes veröffentlicht da folgende recht vernünftige Ansichten:

„Ich neige fast zu der Ansicht, daß Herr M. eine Tarifgemeinschaft mit dem Textilarbeiterverband doch nicht richtig würdigt, zum mindesten ein Vorurteil gegen eine solche Gemeinschaft hat. Zunächst halte ich es für die erste Bedingung, daß die Vertragsschließenden sich mit gutem Willen und Vertrauen entgegenkommen; fehlt das eine oder andere, dann wird es nur halbe Sache, und es ist besser, gar nicht erst anzufangen. Begegnet man sich aber mit offenem, ehrlichem Willen, ich glaube, mich nicht zu irren, daß dann eine Tarifgemeinschaft zustande kommt, die sich ausbauen läßt und den Beteiligten Vorteil bringen wird. Es ist so viel versucht worden, warum sollte sich hier nicht doch ein Weg finden lassen? Ich hege das Vertrauen zu dem Textilarbeiterverband, daß er Mittel und Wege finden wird, seine Mitglieder zu zwingen, nicht unter den vereinbarten Lohnsätzen zu arbeiten. Natürlich müßten sich dann aber auch die Maschinenbesitzer dazu verstehen, nur organisierte Sticker einzustellen. Man müßte also mit den vor Jahren gelübten Maßnahmen brechen und sich nur von dem ehrlichen Gedanken leiten lassen, an der Besserung der Lage wirklich mitzuhelfen. Man wird mir entgegennehmen, was wird mit den Einzelstickern? Gewiß ist das eine heikle Frage, doch auch sie ist nicht unlösbar. Soweit ich noch im Bilde bin, ist ein sehr großer Teil der Einzelsticker schon dem Textilarbeiterverband angeschlossen; diesen Einzelstickern kann es nur recht sein, wenn auch sie mehr verdienen. Arbeiten sie weiter zu unauskömmlichen Löhnen, so muß das Ende doch einmal kommen, denn die Maschine arbeitet sich ab, und von was soll er sich eine neue kaufen, wenn er noch Garnschulden macht? Außerdem ist es ausgeschlossen, daß bei besserem Geschäftsgang alle vorhandenen Stidaufträge nur von Einzelstickern rechtzeitig geliefert werden können. Also ich würde empfehlen, nicht allzu schwarz zu sehen und glaube auch hier, daß der Textilarbeiterverband für noch regeren Anschluß der Einzelsticker sorgen wird. Es ist eine vollständige Verkennung der Tatsachen, wenn Herr M. annimmt, daß die Textilarbeiter mit Recht antworten müssen: „Ja, was gehen uns denn Unternehmerinteressen an!“ Der Arbeitnehmer hat sehr wohl Interesse daran, daß seine Arbeit nicht zu Schundlöhnen abgeliefert wird, denn verdient er einen auskömmlichen Lohn, so wird er auch mit Lust und Liebe bei der Arbeit sein, der Maschinenbesitzer kann sie unbedenklich abliefern, und der Markt wird mit weniger „Kamisch“ gefüttert.“

Wir haben vor Jahren, als das Stidereigenschaft noch in hoher Blüte stand, an dieser Stelle denselben Weg gewiesen, auf den jetzt Herr Glaes verweist. Wir haben auch auf die Gefahren hingewiesen, die das Umsichgreifen des Kamischeruntersens für alle beteiligten Kreise im Stidereigenschaft zur Folge haben werde. Damals, in der Zeit der Hochkonjunktur, war alles geblendet durch das gute Geschäft. Damals predigten wir tauben Ohren. Jetzt ist seit langer Zeit da, was wir damals voraussetzten, jetzt ist die Not groß, und es scheint, daß die Not in den Kreisen der Stidmaschinenbesitzer zum ernststen Prüfen und Nachdenken Veranlassung gegeben hat. Hoffentlich finden sie den Weg, den ihnen Herr Glaes zeigt.

Aus der Textilindustrie.

Die Lage der Hausweberei in Glauchau.

Der „Konfektionär“ schreibt:

„Während die Hausweberei in verschiedenen Webereibezirken wie Grimmitzschau und Werdau so gut wie aufgehört hat zu existieren, hat Glauchau noch viele tätige Vertreter der Hausweberei. Der Glauchauer Webereibezirk gehört über 900 Mitglieder an, wovon ungefähr 400 ihr Gewerbe ausüben. Außerdem sind noch 10 Gesellen, die ebenso wie die Meister alte Knaben sind, sowie 13 Lehrlinge vorhanden. Die gegenwärtige Lage der Hausweberei ist im allgemeinen sehr gedrückt; mehr wie 10 Mk. wöchentlich kann der Webermeister mit seiner Frau im Durchschnitt kaum erzielen. Vor dem Kriege waren die Verhältnisse natürlich bedeutend besser. Es gab für die Glauchauer Fabrikationsgeschäfte viel zu müstern, daneben hatten die Weber reichlich an Decken und Portieren nach Lichtenstein und Sohenstein zu liefern. Alle diese Arbeiten sind infolge des Kriegszustandes weggefallen. Der Grad der Beschäftigung in Damenkleider- bzw. Wulststoffen, auf die die Hausweber jetzt in der Hauptsache angewiesen sind, ist gering, obwohl außer Glauchauer auch Meeraner Fabrikanten Aufträge erteilen. Es ist zu befürchten, daß die Beschäftigungslosigkeit in der Hausweberei zunimmt, so daß die Fürsorge der Stadt um die arbeitslosen Hausweber sich ebenso wie die Fürsorge um die Textilarbeiter im allgemeinen erweitern wird.“

Wir wollen dazu nur bemerken, daß selbstverständlich für die arbeitslosen Hausweber dieselbe Erwerbslosenfürsorge gewährt werden muß wie für die Textilarbeiter in den mechanischen Betrieben. Auch wäre zu erwägen, ob nicht unter

Anleitung der Stadtverwaltung in Glauchau eine Genossenschaft der Hausweber ins Leben gerufen werden kann, der dann sicher Aufträge von der Heeresverwaltung überwiesen werden dürften. Im Bezirk Sohenstein-Ernstthal ist schon so etwas im Werden.

Die gesamte deutsche Baumwollspinnerei für die gesetzliche Einführung der metrischen Garnnumerierung.

Der Arbeitsausschuß der deutschen Baumwollspinnereverbände, welcher den Verband Rheinisch-Westfälischer Baumwollspinner, die Vereinigung Sächsischer Spinnereibesitzer, den Verband Süddeutscher Baumwollindustrieller, das Sächsisch-Rothringische Industriellenyndikat, die Vereinigung der Bigognepinnereien Sachsens umfaßt und als Gesamtvertretung der deutschen Baumwollspinner anzusehen ist, hat in einer am 21. Januar in Berlin abgehaltenen Sitzung aus Anlaß einer Anfrage der Reichsregierung und im Anschluß an die durch den Verein Süddeutscher Baumwollindustrieller veröffentlichten Vorträge des Geh. Kommerzienrat Semlinger, Bamberg, und Direktor F. W. Kuhn, Augsburg, endgültig und einstimmig beschlossen, die gesetzliche Einführung der metrischen Garnnumerierung an Stelle des bisher üblichen englischen Systems unter Gewährung einer angemessenen Uebergangszeit aufs wärmste zu befürworten.

Betriebsgewinne der Textilaktiengesellschaften.

Verdreifachung einer Spinnereividende.

Nach zahlreichen Abschreibungen, Dotierung des Reservefonds und Sonderrückstellung eines Betrages von 172 000 Mk. für Kriegsgewinnsteuern wurde in der heutigen Aufsichtsratsitzung der Kammgarnspinnerei Gaußsch bei Leipzig, A.-G., beschlossen, für das abgelaufene Geschäftsjahr 1915 eine Dividende von 12 Proz. (i. B. 4 Proz.) in Vorschlag zu bringen. Der Fabrikationsgewinn für 1914 betrug einschließlich Vortrag 209 589 Mk., die Abschreibungen 73 208 Mk.

Günstiger Geschäftsabluß der Norddeutschen Trikotweberei vorm. Leonhard Sprick & Co., Akt.-Ges. in Berlin.

Die Direktion des Unternehmens teilt mit, daß das Ergebnis des am 30. April endigenden Geschäftsjahres voraussichtlich wieder befriedigend sein dürfte. Im Vorjahre wurden 11 Proz. Dividende verteilt. Die Gesellschaft war in starkem Umfange für die Bedürfnisse der Heeresverwaltung tätig, kam außerdem aber auch den Bestellungen ihrer Zivilkundschaft nach. Die Norddeutsche Trikotweberei ist bis zum Anfang April vollauf beschäftigt.

Aus Unternehmerkreisen.

Verein deutscher Wirkereien.

Am Donnerstag, den 13. Januar, wurde in einer von dem Arbeitsausschuß der Süddeutschen Wirkwarenindustrie einberufenen, zahlreich besuchten Versammlung von Trikot- und Wirkwarenfabrikanten in Stuttgart der „Verein Deutscher Wirkereien“ gegründet, welcher die ganze deutsche Wirkwarenindustrie umfassen wird. Der Zweck des Vereins ist die Vertretung aller gemeinsamen Interessen der deutschen Wirkereien sowohl nach außen als nach innen, insbesondere auch gegenüber den Behörden und das Zusammenwirken mit anderen Körperschaften. Den Vorstand des Vereins bilden die Herren: Ludwig Maier, Stuttgart, Alfred Mann, Ludwigshafen, Theodor Kuhn, Stuttgart, R. W. Vollmöller, Waidhingen a. F. und Kommerzienrat Haug, Ebingen. Dem großen Ausschuß gehören ferner an die Herren: Kommerzienrat Helfferich, Heilbrunn a. S., B. Voeb, Stuttgart, G. Venger, Stuttgart, A. Gußmann, Ebingen, Kommerzienrat Waag, Ebingen, Eugen Koller, Taiffingen, J. Conzelmann, Taiffingen, D. Levi, Ebingen, L. Schiefer, Adolfszell, Max Biele, Stuttgart und Albert Ruthardt, Stuttgart.

Eine neue Textilaktiengesellschaft.

Wie mitgeteilt wird, wurde eine Aktiengesellschaft mit der Firma „Oberfränkisches Textilwerk Akt.-Ges.“ in Schwarzenbach a. W. gegründet. Die Gründer sind: William Geß, Fabrikant in Plauen, Oskar Klärner u. Steinberg, offene Handelsgesellschaft in Plauen, F. W. Meyer, Fabrikdirektor in Schwarzenbach a. W., Oswald Muck, Großkaufmann in Plauen, Siegfried Reiß, Fabrikant in Plauen, C. Seyffert, mech. Buntweberei, offene Handelsgesellschaft in Naila. Die Gründer haben die ihnen gehörige, früher Münchische Weberei in Schwarzenbach a. W. eingebracht und das Geschäft der Firma Mech. Weberei Schwarzenbach a. W. G. m. b. H. in Schwarzenbach a. W. mit allen Aktiven und Passiven übernommen. Das Aktienkapital beträgt 1 Million Mark und ist voll einbezahlt. Zu Mitgliedern des Vorstandes wurden Fabrikdirektor F. W. Meyer in Schwarzenbach a. W. und Profurist Ernst Seifert in Gera-Unterhans bestellt. Den ersten Aufsichtsrat bilden William Geß, Siegfried Reiß, Oswald Muck, Oskar Klärner, sämtlich in Plauen, Heinrich Seyffert, Fabrikbesitzer in Naila, und Rechtsanwält Ranzler in Naila. Von diesen wurde William Geß zum Vorsitzenden und Heinrich Seyffert zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Fragen des Arbeitsvertrages.

Gefängnisstrafen für Bezahlung zu niedriger Löhne bei Heereslieferungen.

Der Kommandierende General des VI. Armee-korps in Breslau veröffentlicht folgende sofort in Kraft getretene Verordnung:

§ 1.

Ein Unternehmer, welcher bei der Ausführung von Leistungen oder Lieferungen, die ihm von der Heeresverwaltung oder zur Ausführung einer Bestellung der Heeresverwaltung von einem anderen Unternehmer oder Vermittler übertragen worden sind, seinem Arbeitnehmer gegenüber über die von den militärischen Beschaffungsstellen jeweilig festgesetzten Lohnsätze nicht innehält oder die Bestimmungen in voller Höhe nicht zahlt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark erkannt werden.

§ 2.

Machen sich Betriebsleiter, Aufsichtspersonen oder Vermittler, welche die Lohnvereinbarungen mit den Arbeitnehmern abgeschlossen haben oder für die Zahlung der Löhne verantwortlich sind, einer solchen Handlungsweise schuldig, so trifft sie die gleiche Strafe.

§ 3.

Dieselbe Strafe trifft auch in den Fällen, in denen ein Unternehmer gegen die Lohnsätze verstößt, sowohl den ersten Unternehmer als auch jeden Zwischenunternehmer, wenn er bei Weitervergebung der Leistungen oder Lieferungen den Unternehmer nicht zur Einhaltung der von der militärischen Beschaffungsstelle festgesetzten Lohnsätze verpflichtet hat.

Die Verordnung ist gut, aber sie kommt etwas sehr spät und reicht auch leider nicht über das ganze Deutsche Reich. Auch sollte sie nicht nur die Betriebe erfassen, in denen Lohnsätze bestehen, sondern es sollte bei Vergabe der Aufträge ein Mindestlohn festgesetzt werden, der ausbezahlt werden muß.

Zur Erwerbslosenfürsorge.

Neue Unterstützungssätze in Reichenbach-Mylau-Netzschkau.

Die bisherigen, schon einmal erhöhten Sätze wurden den maßgebenden Instanzen auf Gesuche von unserem Verbande hin wieder erhöht. Man hat sich nun auf folgende Unterstützungssätze geeinigt:

Personen, über 15 Jahre alt, bei den Eltern oder Anverwandten wohnend	pro Woche	Mk.
„ mit eigenem Haushalt oder in Logis (männlich)	8,—	
„ „ (weiblich)	10,—	
„ mit eigen. Haushalt und 1 Kind	11,—	ohne eigenen Haushalt
„ „ „ 2 Kinder	13,—	je 2 Mk. weniger
„ „ „ 3 „	15,—	
Ein Ehepaar ohne Kinder	14,—	
„ mit 1 Kind	16,—	berechnet für
„ 2 Kinder	18,—	Kind je 2 Mk.
„ 3 „	19,50	je 1,50 Mk.
„ 4 „	21,—	
„ 5 „	22,25	
„ 6 „	23,50	je 1,25 Mk. mehr
„ 7 „	24,75	

Für Heimarbeiter und -arbeiterinnen — besonders, dem früher regulären dreijährigen Durchschnittsberdienst sich nähernde Beträge — jedoch mindestens 3 Mk.

Die wichtigsten Bestimmungen sind:

Arbeitslose haben ihre freiwillige Weiterversicherung gegen Krankheit zu betreiben. Die Beiträge müssen durch die Gemeinde mitvergütet werden.

Alters- und Invalidenrente wird nur dann angerechnet, wenn mit diesem Betrag und dem Unterstützungssatz zusammen der frühere Durchschnittslohn wesentlich überstiegen wird.

Die Feuerungszulagen für die in den Färbereien und Appreturen Beschäftigten sind als feste Lohnzulagen anerkannt, während alle übrigen freiwilligen Zulagen der Arbeitgeber in Webereien usw. und Gewerkschaftsunterstützungen nicht angerechnet werden.

Die Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung wird voll in Abzug gebracht.

Nach sonstiger Bedürftigkeit wird nicht recherchiert.

Bei Teilarbeitslosigkeit werden vom Arbeitsverdienst, nach Abzug der Kranken- und Invalidenkassenbeiträge, nur 80 Proz. dieser Einnahme angerechnet.

Die Bescheinigung der Arbeitslosigkeit und über deren Ursache, bei Teilarbeitslosigkeit über den wöchentlichen Arbeitsverdienst, haben die Arbeitgeber auf Verlangen jederzeit auszustellen.

Die Auszahlung der Unterstützungen und die Kontrollmeldungen erfolgen an dem Ort des Kommunalverbandes, in dem der Arbeitslose seinen jeweiligen Wohnsitz hat.

Berichte aus Fachkreisen.

Friedland. In einer Mitgliederversammlung, die am 30. Januar stattfand, referierte der Gauleiter Otto Fritsch über „Die Erwerbslosenfürsorge der schlesischen Textilarbeiter“. Der Redner erläuterte zunächst die Ursachen der Knappheit an Rohstoffen und schloß dann die Schritte, die zur Unterstützung der Textilarbeiter, die infolge der Arbeitseinschränkungen notwendig wurde, getan wurden. Dem gegründeten Fürsorgeausschuß für Schlesien gehört in Riegnitz auch Kollege Fritsch an. Der Redner berichtete über die in Breslau abgehaltene Sitzung des Ausschusses und behandelte die dort gepflogenen Verhandlungen. Es ist dort auch die Verurteilung ausgesprochen worden, daß die Textilarbeiter unruhig werden könnten. Demgegenüber hat Fritsch betont, daß es eben, um dies zu verhindern, notwendig sei, die Arbeiter ausreichend zu unterstützen. Der Unterstützung der Arbeiter in Naturalien ist widerprochen worden, selbst ein Unternehmer hat sich diesem Widerspruch angeschlossen. Die Regelung der Unterstützungsfrage ist noch nicht endgültig erfolgt; wenn dies geschehen, wird ein ausführlicher Bericht in der Presse erscheinen. In bezug auf die Erwerbslosen, die der Verband in Landesgut gemacht und die auch den andern Orten zugute gekommen sind, wurde es lebhaft beantragt, daß sehr viele Arbeiter wohl die erlangenen Vorteile einstecken, aber — dazu gehört auch Friedland — nicht im entferntesten daran denken, sich der Organisation anzuschließen. Mit dem Wunsch, daß dies recht bald anders werden möge, wurde, nachdem der Kassierer noch den Kassen- und Jahresbericht erstattet hatte, die Versammlung geschlossen.

Lambrecht. Da die Unterstützung der durch die bekannte Verordnung des Bundesrats arbeitslos gewordenen Arbeiter und Arbeiterinnen nunmehr geregelt erscheint, sei hierüber nachstehendes berichtet. Die Mehrzahl der Lambredter Textilfabrikanten ließ seit dem 1. November 1915 ihre Arbeiter nur 4 Tage in der Woche arbeiten, ohne eine Entschädigung für entgangenen Lohn zu zahlen, trotzdem die Lebensmittelpreise eine ungeheure Höhe erreicht haben und immer noch mehr steigen. Die Textilarbeiterschaft Lambrechts war deshalb gezwungen, in dieser Sache selbst die „Offensive“ zu ergreifen. In einer am 12. Dezember v. J. abgehaltenen öffentlichen gemeinsamen Textilarbeiterversammlung sprachen die Gauleiter Hofsta von unserem sowie Geier vom christlichen Verband über die neue Unterstützungseinrichtung für arbeitslose Textilarbeiter im rechtsrheinischen Bayern und behandelten hauptsächlich den Vertrag, welcher mit der Stadt Augsburg und den beteiligten Verbänden abgeschlossen wurde. Sie forderten zugleich die Anwesenden auf, unerbittlich betreffs der Arbeitslosen bei den maßgebenden Stellen vorzudringen zu werden, was auch sofort befolgt wurde, mit dem Ergebnis, daß nach zweimaligen Verhandlungen mit dem Distriktsrat, dem königlichen Bezirksamt, dem Fabrikanten-

berlein und je zwei resp. einem Vertreter der beiden beteiligten Verbände der sogenannten Augsburger Entwurf auch für den Textilbezirk Neustadt a. d. S. angenommen wurde. Es erhalten demnach Unterstützung pro Stunde: Personen unter 14 Jahren (männlich und weiblich) 6 Pf., von 14—16 Jahren (männlich und weiblich) 10 Pf., von 16—21 Jahren (männlich) 17 Pf., von 16—21 Jahren (weiblich) 18 Pf., über 21 Jahre (männlich, ledig) 20 Pf., über 21 Jahre (männlich, verheiratet) 24 Pf., über 21 Jahre (weiblich, ledig) 15 Pf., über 21 Jahre (verheiratet) 18 Pf., außerdem für jedes Kind unter 15 Jahren 2 Pf. Die Unterstützung wurde mit Rückwirkung vom 1. Dezember 1915 an ausbezahlt. Vorstehendes wurde am 30. Dezember 1915 von den Fabrikanten bekanntgegeben, zugleich aber auch veröffentlicht, daß die seit Kriegsbeginn gewährte Zulage von 20 Proz. in Wegfall komme und hierfür 10 Proz. Teuerungszulage gewährt würden. Die Arbeiterchaft nahm dagegen sofort Stellung in einer öffentlichen Versammlung sowie in einer gemeinsamen Eingabe der beiden Gewerkschaften an die Fabrikanten, und zwar mit dem Erfolg, daß die Fabrikanten den geplanten Abzug sofort wieder zurücknahmen. Die Verbände haben somit einen schönen Erfolg erreicht. Möchten sich die Unorganisierten das merken und durch Beitritt zum Verband bezeugen, daß auch sie auf der Höhe der Zeit stehen.

Landeshut. Die schon längst geplante Versammlung, in der der Reichstagsabgeordnete Kollege Herrm. Jäckel referieren sollte, fand am Mittwoch, den 2. Februar, statt. Zunächst sprach Kollege Scholz über die Kriegszulage. Er führte aus, daß die Beschränkung der Arbeitszeit in der Textilindustrie auf die Knappheit der Rohstoffe zurückzuführen sei, deren Ursachen wiederum in der durch den Feind unterbundenen Zufuhr zu suchen sind. Er müsse sich aber gegenüber den Plänen, uns vollständig vom Ausland unabhängig zu machen, indem man, soweit es nur irgend die klimatischen Verhältnisse zulassen, die notwendigen Textilrohstoffe selbst anbaut, ablehnend verhalten. Jeder Morgen Land, der für solche Zwecke mehr als bisher verwandt würde, werde und müsse dem Zwecke der Vieh- und Menschenernährung entzogen werden; daß dadurch eine weitere Verschlimmerung der Volksernährung eintreten würde, sei für jeden einigermaßen weitsichtigen Menschen klar. Gegenwärtig müsse aber verlangt werden, daß die Textilarbeiterchaft, die an der Beschränkung der Arbeitszeit schuldlos ist, eine ausreichende Unterstützung erhält. Da zurzeit in den hiesigen Nahrungsmitteln auch die 30tägige Arbeitswoche zur Einführung gelangt ist, so macht sich die Unterstützungsvorgabe dringender notwendig. Die Filialverwaltung hat zunächst in einer Eingabe an den Vollenheimer Vorstand diesen Wunsch, die Textilfärberei in seinem Kreise zu fördern, weil in Ruhestand die ohnehin so gering entlohnte Arbeiterchaft nur an 4 Tagen in der Woche Arbeit hat. Antwort ist auf dieses Gesuch noch nicht eingegangen. Das ist wieder ein Beweis, daß nur sehr langsam gearbeitet wird. Da die Sache eilt, so würden sich weitere Schritte notwendig machen. Am zweckmäßigsten sei es, die Versammelten beauftragen die Leitung, bei den zuständigen Behörden vorstellig zu werden. Einmündungen erfolgten gegen den Vorschlag nicht. Dann machte der Redner auf die ihm gemeldete, schon seit langem bestehende Praxis der Lohnbemessung bei der Firma Schleifische Textilwerke, Methner u. Frahm Akt.-Ges., aufmerksam, die darin besteht, daß die Weber die Ware pro Zentimeter einen halben Schuß mehr enthaltend liefern müssen, doch der Lohn nur für volle Fäden nach unten berechnet wird. Die Betroffenen erleiden dadurch einen Lohnausfall pro Woche von 1 Mk. und darüber. Redner bat, ihm das in seinem ganzen Umfange bestehende System zu unterbreiten, um dann dagegen vorzugehen. Auf eine weitere Beschwerde, daß in der Abteilung Spinnerei des vorgenannten Betriebes Arbeiterinnen bei jedem Wetter auf die Wiesen zur Flachsaussäurebereitung herbeigeführt werden, ermahnte Redner, zunächst Einigkeit zu erhalten, denn wenn, wie es jetzt geschieht, ein Teil der Arbeiterinnen sich weigert, bei dem jetzt hier herrschenden kalten Winde zu arbeiten, ein anderer Teil aber trotz der Kälte die Arbeit verrichtet, so werde Veränderung durch Einlegen von Beschwerden nicht erreicht. Es zeigen diese gemeldeten Vorfälle recht eindringlich, wie notwendig Einigkeit ist. Redner bat deshalb, um bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen, einig zu sein und einig zu handeln, dann werde es auch besser werden. — In der Diskussion wurde auch gemeldet, daß in einem Betriebe es nicht so genau mit der Wartezeit genommen werde. Wenn z. B. mehr als ein Tag auf die neue Kette gewartet werden muß, so freisetzt man dies sehr gern ab, um die Entschädigung für Warten nicht zahlen zu müssen. Wieviel unnötige Empörung durch solche Handlung geschaffen wird, kann der am besten beurteilen, der unter solchen Verhältnissen sein Leben verbringen muß. Die Bedrücker werden zumeist sehr gut besoldet, erleben zu keiner Zeit irgendwelchen Gehaltsausfall, der arme Arbeiter wird aber bei jeder Gelegenheit direkt und indirekt um Lohn betrogen. Dieses Uebel kann aber nur durch eine gut geschulte und fest organisierte Arbeiterchaft beseitigt werden. Der Redner forderte in ansehnlichen Worten zur weiteren Stärkung des Verbandes auf.

Anschließend hieran sah sich Kollege Scholz veranlaßt, auf den im „Arbeiter“ am 30. Januar erschienenen Artikel einzugehen, weil die Verdrehung der Tatsachen unerschämter ist. In dem Artikel „Ein Erfolg friedlicher Gewerkschaftsarbeit“ wird dreifach behauptet, daß die seit 1. Dezember 1915 gewährte wöchentliche Zulage durch den katholischen Arbeitersekretär Kloos in Waldenburg erreicht sei. Ich habe man überall freundlichst empfangen, während der Deutsche Textilarbeiterverband mit seiner schriftlichen Eingabe sehr schlecht angekommen sei. Es wird dann der unter dem 14. Dezember 1915 datierte Brief des Dr. Frahm an den Geschäftsführer Scholz abgedruckt, als Beweis für die aufgestellte Behauptung. Für diejenigen, die es noch nicht wissen, sei gesagt, daß wegen der letzten Lohnforderung am 7. November 1915 an die hiesigen Unternehmer schriftlich herangetreten wurde. Antwort hierauf wurde bis zum 15. November erbeten. Auf dieses Schreiben ist von keiner Seite eine Antwort eingegangen, durch die man sich unser Einmischen verbeten hätte, sondern es lief bis zur gefestigten Frist gar keine Antwort ein. Erst als sich die Arbeiterchaft am 16. November so zahlreich in einer Versammlung einfinden und dort der Beschluß gefaßt wurde, am 18. November in allen Betrieben vorstellig zu werden, gingen am 17. November zwei Schreiben beim Geschäftsführer Scholz ein, durch die kurz mitgeteilt wurde, daß das Gesuch um Lohnhöhung eingegangen sei, „eine Antwort hierauf aber nicht erteilt werden kann, weil unser Verband (die Unternehmerorganisation, d. B.) dazu noch keine Stellung genommen hat“. Kurz vorher ist der katholische Arbeitersekretär Kloos aus Waldenburg bei den hiesigen Unternehmern gewesen, um für die im katholischen Arbeiterverband Organisierten eine 10prozentige Lohnforderung zu erreichen. Scholz gegenüber hat Herr Kloos am 19. November in Breslau erklärt, daß ihm bei seiner Unterredung mit den Unternehmern in Landeshut gesagt worden sei, daß eine Lohnhöhung nicht gewährt werden könne. Von Erhöhung der Kriegszulagen kann schon deshalb nicht gesprochen werden, weil erst bei den Verhandlungen am 20. November im Landesbater Rathausaale Herr Fabrikbesitzer Samburger u. n. b. i. d. l. i. c. den Vorschlag machte, daß er dafür zu haben sei, daß für die männlichen Beschäftigten unter Fortfall der bisherigen Monatszulagen eine Erhöhung auf 3 Mk. pro Woche erfolge. Ein Beschluß darüber wurde aber erst am 24. November in Breslau vom Unternehmerverbande der Schlesiern Textil-Industriellen erfolgen. Also kein Wort in jener Sitzung am 20. November von Unternehmenseite gesagt worden, daß Herrn Kloos schon die jetzt gewährten Sätze in Aussicht gestellt würden. Wenn es jedoch gegeben sein sollte, so würde es der Arbeiterchaft am 18. November bei den gepflogenen Verhandlungen doch auch mitgeteilt worden sein, aber nirgends ist dies geschehen. Somit beruht die Behauptung im „Arbeiter“ auf Erfindung. Wenn die Arbeiter auf Herrn Kloos hätten warten müssen, so hätten sie

ganz sicher noch nichts erhalten. Dafür spricht besonders das Verhalten der Liebauer Unternehmer. Als am 10. Dezember 1915 erstmalig in Landeshut die erhöhte Kriegszulage zur Auszahlung gelangte, dachten die Textilunternehmer in Liebau noch nicht daran, auch die Zulage zu zahlen. Erst eine in Liebau vom Deutschen Textilarbeiter-Verbande abgehaltene Versammlung, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, daß die Leitung der Versammlung an die Liebauer Unternehmer ein Gesuch um Gewährung der wöchentlichen Kriegszulage, wie sie in Landeshut gezahlt wird, hat bewirkt, daß auch dort am 17. Dezember erstmalig in der Spinnerei Bihard, eine Woche später bei Jaltis Erben und erstmalig am 7. Januar 1916 bei Zimmerwahr die Kriegszulage zur Auszahlung gelangte. Ja, interessant ist das Verhalten der Liebauer Textilarbeiterchaft. Sie, fast ausschließlich im Banne der vielen katholischen Vereine stehend, stets vor der Begehrlichkeit der „Koten“ gewarnt, nahm, als sie immer deutlicher erkannte, daß diese Vereine trotz aller Feuerung nichts zur Erleichterung unternahmen, zu einem arg verpönten Mittel der katholischen Arbeitervereine Zuflucht: sie stellte die Arbeit gegen den Willen ihrer Führer ein. Nicht friedliche Gewerkschaftsarbeit hat die kleine Lohnaufbesserung gebracht, sondern die einseitige Arbeitsniederlegung war es, die auch in Liebau, wie überall, erst den Erfolg verbürgte. Wer, wie der Artikelschreiber im „Arbeiter“, die Lohnbewegung vom November anders darstellt, entstellt. Das im „Arbeiter“ angezogene Schreiben wurde von Dr. Frahm erst auf eine Eingabe vom 10. Dezember an Scholz gesandt. In dem Schreiben handelte es sich um ein Gesuch, die Popperinnen von der schlechten Arbeit der Kreuzspulen zu befreien oder eine bessere Bezahlung zu erlangen. Letztere ist ja auch gelungen. Wer sich der bedrückten Arbeiterchaft annimmt, kann sicher darauf rechnen, daß er eines Tages auch mal einen Rat erhält, sich nicht in Arbeiterangelegenheiten einzumischen. Für den Deutschen Textilarbeiter-Verband ist es aber der beste Beweis, daß er mit Nachdruck die Interessen der Arbeiterchaft in jeder Richtung hin wahrnimmt. — Selbsthaft Beifall fanden diese Ausführungen.

In der daran sich anschließenden Pause wurde wiederum eine größere Anzahl Neuaufnahmen gemacht. Inzwischen war es beinahe 10 1/2 Uhr geworden. Der inzwischen erschienene Referent, Kollege Jäckel, nahm noch das Wort, um in einstündiger Rede auf die zusammengebrochenen Prophezeiungen über Ausbungerung, wirtschaftlichen Zusammenbruch und dergl. Deutschlands einzugehen. So wenig es bis jetzt, nach 18 Monaten, den Feinden gelungen sei, Deutschland niederzurufen, ebenso wenig wird dies auch in Zukunft gelingen. Der wirtschaftliche Zusammenbruch wurde dadurch verhindert, daß die Produktion nach der Richtung hin geregelt wurde, daß nur noch für den eigenen Bedarf Waren hergestellt werden. Industrien aber, wie die Textilindustrie, deren Rohprodukte so knapp sind, daß die reichlichen Privataufträge nicht auszuführen sind, müssen die Arbeitszeit eben bedeutend einschränken. Diese Einschränkung bedeutet wohl für die Inhaber eine Beeinträchtigung des Gewinnes, aber Not zu leiden brauchen sie dabei nicht. Für die Textilarbeiterchaft bedeutet aber die Produktionsbeschränkung die Untergrabung der Existenz, weil sie nur von der Hände Arbeit lebt. Es ist deshalb ein Gebot der Pflicht, daß sie unterstützt wird. Der Reichstag hat dazu auch die Mittel bewilligt. Die verschiedenen Bundesstaaten haben auch diese Pflicht schon praktisch durchgeführt, nur Preußen nicht. Um die Sache auch hier in Fluß zu bringen, haben schon viele Sitzungen mit Behörden stattgefunden; erreicht ist wenigstens so viel, daß man die Notwendigkeit der Unterstützung anerkennt. Man wird auch solange drängen, bis die beste Regelung erreicht ist. Ohne die Organisation wäre noch so gut wie nichts geschehen. Es ist deshalb notwendig, die Organisation zu stärken, denn sie hat bewiesen, daß sie auch während des Krieges die Lohnverhältnisse verbessern konnte. Nach dem Kriege wird sie es erst recht tun. Die Notwendigkeit starker Organisationen wird nach dem Kriege noch greifbarer zutage treten. Bezieht sich für die Thüringer Damenkleiderstofffabrikation der Plan, sich zu Syndizieren, d. h. daß alle dortigen Fabriken sich zu einer Mittengesellschaft vereinigen. Da bedarf es, um für die Arbeiterchaft Besserung zu erlangen, ganz anderer organisierter Massen, als sie jetzt vorhanden sind. In recht eindringlicher Weise zeigte der Redner die Machtlosigkeit des einzelnen. Mit den Worten: „Vereinzelt seid ihr nichts, vereinigt seid ihr alles!“ schloß er unter lebhaftem Beifall seine klaren Ausführungen.

Kollege Scholz schloß hierauf mit Dankesworten für das lobenswerte Verhalten, besonders der aus der Umgegend Erschienenen, die Versammlung und bat, die am 17. Februar stattfindende Mitgliederversammlung auch so gut zu besuchen. Wir müssen dem Kollegen Scholz darin widersprechen, daß es für Schlesiens Bevölkerung von Nachteil wäre, wenn ein Teil des schlesischen Bodens für den Flachsbau freigestellt würde. Nach schlesischen Berechnungen bräuchte man nur 3 Proz. seiner Anbaufläche, um uns von dem Bezuge von Flach aus dem Auslande unabhängig machen zu können. Würde das geschehen, so würde in Schlesien noch keine Hungersnot entstehen. Wenn man in Schlesien Not leidet, so doch nicht, weil es zu wenig Nahrung gäbe, sondern weil der Arbeitsverdienst zu gering ist. Er wird aber nicht höher sein, wenn die Faserstoffe aus dem Auslande bezogen werden müssen. Jetzt ist er gerade so gering, weil es an Faserstoffen fehlt; es würde daran weniger fehlen, wenn wir in der Vergangenheit mehr davon selber erzeugt hätten. Dazu kommt noch, daß man bei etwaigem Mangel an Nahrungsmitteln solche ja in noch größerer Menge als bisher aus dem Auslande beziehen könnte. Im Kriegsfalle könnten sie uns, wie man ja jetzt sieht, abgesperrt werden. Das wäre aber auch nicht viel schlimmer, als wenn uns die Rohstoffe, deren wir benötigen, vorenthalten würden, wenigstens wäre es nicht schlimmer, wenn uns nur soviel an Nahrungsmitteln vorenthalten würde, wie wir durch den Flachsbau selber gewinnen würden. (D. R.)

Reichenbach i. B. Am 14. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Jahresbericht gab die reichhaltige Tätigkeit der Verwaltung wieder, während vom Kassenericht zu sagen war, daß er durch die mannigfaltige Hilfeleistung an die Mitglieder abermals etwas zurückgegangen ist. Dem Geschäftsführer wurde Entlastung einstimmig erteilt. Zum weiteren Geschäftsbericht erläuterte Kollege Hausold die schrittweisen Verbesserungen der Unterstützungen, welche im anschließenden Jahresbericht sämtlich mit enthalten waren. Ergänzend hierzu konnte er gleichzeitig von einer nochmaligen Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung berichten, welche erst jüngsten Datums sei und deshalb den Mitgliedern besonders zur Kenntnis empfohlen sei. Diefelbe sei einerseits auf weitere Gesuche, dann aber auch darauf zurückzuführen, daß die bisherigen — wenn auch schon einmal verbesserten — Unterstützungsätze innerhalb des Kommunalverbandes Reichenbach-Mykau-Melschlau selbst dem Ministerium und dem Landesauschuß für Textilarbeiterlosenunterstützung zu niedrig waren, und weitere Verbesserungen verlangt wurden. Man hat offenbar nicht daran gedacht, daß so überaus niedrige Lohnverhältnisse in dieser Branche vor dem Krieg bestanden haben, als die Unterstützungsätze sie widerspiegeln.

Stuttgart. Unsere jährliche Generalversammlung fand am 29. Januar im „Gewerkschaftshaus“ statt. Der Besuch war erfreulicherweise so stark, wie wir ihn vor dem Kriege nie zu verzeichnen hatten. Besonders die Kolleginnen bekundeten durch ihr zahlreiches Erscheinen, daß sie einzusehen beginnen, nur die Versammlung sei der Ort, wo Wünsche und Beschwerden behandelt werden können. Zurzeit ist die wichtigste Frage die Arbeitslosenunterstützung, denn immer mehr schließen sich die Tore der Textilbetriebe unseres Bezirks, und wo noch gearbeitet wird, werden Wochenverdienste bis unter 2 Mk. herunter erreicht. Kollegin Döring gab an Stelle des verhandenen Kollegen Ködel eine Uebersicht über die Bestimmungen der Arbeitslosenunterstützung der

Stadt Stuttgart und forderte dabei besonders die Kolleginnen auf, ihre Scheu abzulegen und die Einrichtungen auch zu benutzen. Nach verschiedenen Beantwortungen und Anregungen wurde der Beschluß der vorhergehenden Arbeitslosenversammlung vom 25. Januar gutgeheißen, wonach der Kollege Ködel beauftragt wird, erneute Eingaben an den Gemeinderat und die für uns in Frage kommenden Oberämter zu machen. Der Jahresbericht mußte verschoben werden und wurde nur der Jahreskassenbericht erstattet. Aus diesem sei folgendes herausgegriffen: Die gesamten Einnahmen betragen 10 621,09 Mk., wovon 6890,64 Mk. für die Zentrale und 3730,45 Mk. für die Filiale. Die Ausgaben insgesamt waren 8985,81 Mk., wovon 818,25 Mk. Arbeitslosenunterstützung, Sterbeunterstützung 140 Mk., Rotunterstützung 182,55 Mk. Der Kassenbestand auf das neue Jahr beträgt einschließlich eines Guthabens von der Zentrale 2014,83 Mk. Die Beitragshöhe betrug im Durchschnitt im 1. Quartal 42,4 Pf., im 2. Quartal 41,5 Pf., im 3. Quartal 41,1 Pf., im 4. Quartal 40,6 Pf. pro verkaufte Marke. Die Beitragsleistung, die im 4. Quartal wieder 10 Beiträge pro Mitglied erreichte, betrug im Jahresdurchschnitt 9,4 Beiträge pro Quartal. Auf Antrag der Revisoren wurde einstimmig die Entlastung des Kassierers ausgesprochen. — Anschließend daran bot der Kollege Köchler einen besprochenen ausgenommenen Vortrag. Die Vorstandswahlen ergaben keine Änderungen; alle Kolleginnen nahmen die Wahl wieder an. Der Wunsch, daß sich die Kolleginnen mehr mit den Verbandsarbeiten betraut machen sollen, fand Zustimmung. Die Zeit der Arbeitslosigkeit solle benutzt werden, um sie mit Organisationsfragen mehr vertraut zu machen, denn auch nach dem Kriege wird die Mitarbeit der Kolleginnen nötiger sein als je. Kollege Bürger schloß mit einigen Worten der Sympathie für den abwesenden Kollegen Ködel und mit dem Wunsch, man möchte immer so zahlreich erscheinen, die prächtige Versammlung. — Verlauf und Beschluß dieser Versammlung geben zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft Anlaß. Es ist zu wünschen, daß dies Interesse an unseren Veranstaltungen nie erlahmen möge und daß auch besonders die neu eingetretenen Kolleginnen eifrige Mitglieder werden. Die wirtschaftlichen Kämpfe werden nicht ausbleiben. Benutzen wir die jetzige Zeit zur Vorbereitung dazu.

Quittung.

Im Januar gingen bei dem Unterzeichneten ein aus: Sommerfeld 13,80 Mk., Landeshut 26,65 Mk., Altenburg 7,45 Mk., Grimmitzschau 161,95 Mk., Schneeberg 2,95 Mk.

Paul Wagerer, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 III.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 13. Februar, ist der 7. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

Gau 5. Freiburg i. B. V: Adolf Bürgin, Rägelesstraße 15. K: Philipp Markloff, Freiburgstr. 3 (Arbeitersekretariat).
Gau 5. Gebweiler. Alle Sendungen bis auf weiteres einstellen.
Gau 13. Cottbus. V: Gustav Werffo, Dissenhenerstraße 108.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.
Berlin. Heinrich Hallmann, Dekatur, 50 J., Magenleiden. Hermann Wegner, Dekatur, 39 J., Tuberkulose.
Brandenburg a. S. Friederike Ranneburg, 58 J., Lungenleiden.
Grimmitzschau. Karl Stoll, Spinnmeister, 34 J., Mundstarrkrampf. Wilda Riebold, Gablonz, 23 Jahre, Entbindung.
Langenbielau. Berta Fischer, Weberin, 28 J., Lungenleiden.

Neudamm. Wilhelm Anoll, Tuchmacher, 69 J.
Blauen i. B. Willy Cünderhauß, 20 J., Herzkrankheit.
Reichenbach i. B. Bernhard Kalbsopf, Weber, 56 J.
Sittau. Frau Marie Emma August, 25. J., Lungentuberkulose.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Berlin. Berthold Viebing, Weber, 39 J.
Chemnitz. Franz Max Watz, Birker, Neustadt, 24 J. Max Friedrich Forberg, Niederwiesa, Abgießer, 22 J.
Grimmitzschau. Albert Plaul, 20 J.
Erlangen. Peter Kopp, Spinner, 45 J.
Greis u. Umg. Max Dettel, Färbereiarbeiter, 28 J.
Sohrenstein-Ernstthal. Max Morgenstern, 21 J.
Ostrie. Franz Pilz, 42 J.
Blauen i. B. Johannes Baumfeil, 22 J. Ernst Martin Diegel, 18 J.
Reutlingen. Gottlob Diegel, Weber, 22 J.
Reichenbach i. B. Arno Schaar-schmidt, Unterhainsdorf, 21 J.
Wittgensdorf. Arthur Hölzel, Röhensdorf, 25 J.
Züllschau. August Reschke (Kassierer).
Ehre ihrem Andenken!

Privat-Anzeigen.

(Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Berlin.

Donnerstag, den 17. Februar d. J., abends 8 1/2 Uhr, bei Rowotnik, Lavagestr. 30:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Aussprache darüber. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.
NB. Das Mitgliedsbuch dient als Berechtigungsausweis.


Ganz unerwartet raubte uns der Tod zwei liebe Kollegen und Mitarbeiter, die Vorstandsmitglieder Dekatur

Heinrich Hallmann
50 Jahre alt, und Weber

Berthold Viebing
39 Jahre alt.
Viebing ist ein Opfer des Weltkrieges geworden; er fiel vor Dinaburg in Rußland.
Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue sichern beiden Kollegen bei uns ein dauerndes ehrendes Andenken.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes.
gez. E. Hübsch.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 12. Februar

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit  versehenen Artikel Herrmann Krüger, für alles andere Paul Wagerer. — Druck: Formärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Cämlich in Berlin

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.